

## Revolutionäres Energiekonzept

Auf den Gebäudebereich entfallen rund 40% des deutschen Endenergieverbrauchs und etwa ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Drei Viertel des Altbaubestandes wurde noch vor der 1. Wärmeschutzverordnung 1979 errichtet. Es gibt also viel zu tun in unserer Berufssparte, den Gebäudebestand zu ertüchtigen. Allerdings stellen wir immer wieder fest, dass trotz grünen Lippenbekenntnissen zu wenig investiert wird, um langfristig CO<sub>2</sub> und Energiekosten einzusparen. Häufiger geht Pinselsanierung vor nachhaltiger Instandsetzung des Gebäudebestandes. Deshalb sind steuerliche Anreizsysteme – wie auch immer sie aussehen – unerlässlich, um hochgesteckte Klimaschutzziele zu erreichen.

Obwohl Eigentum verpflichtet, gehen Bund und Länder allerdings mit schlechtem Vorbild voran. Zwei symbolische Beispiele können dies verdeutlichen:

Die unselige Abwrackprämie hat ihren Weg ins „revolutionäre“ Energiekonzept der Bundesregierung gefunden, das gerade am 28.9.2010 im Bundeskabinett verabschiedet wurde. Abwracken heißt darin jetzt „Ersatz-Neubau“ schaffen und soll den Abriss von Gebäuden in Zukunft förderfähig machen! Man glaubt nicht richtig zu lesen, bei solchem Wahnsinn. Wir kennen diese verlogene Terminologie schon vom Abriss des „Palastes der Republik“, den man als „selektiven Rückbau“ bezeichnete und der am Ende doppelt so viel kostete wie veranschlagt. Wem bitte nutzen Abrisse intakter Konstruktionen, außer der Beton- und Asbestlobby? Welch ein Rückschlag für die nachhaltige Lebenszyklusbetrachtung von Gebäuden, die gerade mühsam ihren Weg ins Bundesbauministerium gefunden hat.

In eine ähnliche Kategorie fällt auch das zweite Beispiel auf Länderebene in Berlin, das sträflich mit seinem Gebäudebestand hinter jeglichen Energieeinsparverordnungen hinterherhinkt und gleichzeitig privaten Eigentümern ehrgeizige Klimaschutzziele per Gesetz verordnen möchte. Öffentlicher Gebäudebestand wird hier vor den Augen der Hauptstädter abgewrackt. Zitat Kulturstaatssekretär André Schmitz: „Allein in diesem Jahr haben wir schon zwölf Millionen Euro für die unmittelbare Gefahrenabwehr in den maroden Depots der Dahlemer Sammlungen ausgegeben!“ Was hier als Argument für den Schlossneubau gesagt wurde, offenbart eher die kurzatmige Denke im Kopf einiger Politiker. Deshalb mahnt Bürgermeister Wowereit auch den Schlossneubau als „nationale Aufgabe“ an, die man nicht aufgeben dürfe. Steuerzahler, komm' nach Berlin und baue ein Schloss, damit wir unsere Museen nicht mehr sanieren müssen!

Gleichzeitig möchte die Bundesregierung die Städtebauförderung halbieren und damit den klammen kommunalen Haushalten noch mehr Sparmaßnahmen zumuten. Die Berliner Republik müsste man manchmal in Bananen Republik umtaufen, wenn es nicht so traurig wäre. Mal abgesehen von atomaren Laufzeitverlängerungen, die man ehrlicher Weise eine Lizenz zum Gelddrucken nennen sollte, sieht ein in sich schlüssiges Energiekonzept für nachwachsende Generationen jedenfalls anders aus.

Was können wir aus der Misere machen? Öffentliche und private Bauherren fachkompetent überzeugen, überzeugen, überzeugen, dass es sich lohnt in den Gebäudebestand zu investieren, statt immer den Neubau auf der grünen Wiese im Blick zu haben: aus ökologischen, aus wirtschaftlichen und aus sozialen Gründen! Das wäre eine Revolution.

<http://www.plattformnachwuchsarchitekten.de/meinung.html> Berlin, 30. September 2010